

Zusatzkosten werden in der Regel von den Unternehmen nicht akzeptiert

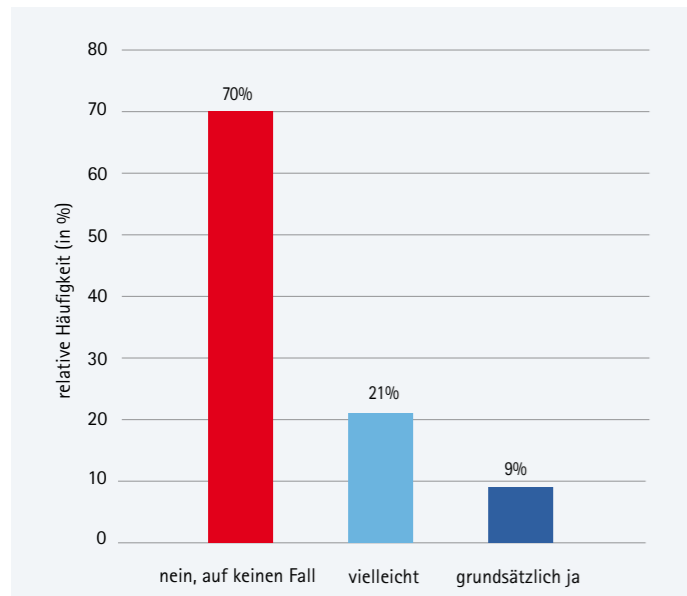


Abb. 13: Bereitschaft der Unternehmen zur Beteiligung an entstehenden Infrastrukturkosten für einen leistungsfähigeren Internetanschluss (gesamt 360 Antworten).

70 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, sich nicht an den Infrastrukturkosten für den Breitbandausbau beteiligen zu wollen. Ein Fünftel würde sich unter Umständen an den entstehenden Kosten beteiligen. 9 Prozent können sich grundsätzlich vorstellen, einen finanziellen Beitrag für einen schnelleren Internetanschluss zu leisten. Im Dienstleistungssektor einschließlich der IT-Wirtschaft ist jedes siebte Unternehmen bereit, sich grundsätzlich finanziell an den Infrastrukturkosten zu beteiligen. In den anderen Branchen liegt die Anzahl der zahlungsbereiten Unternehmen deutlich darunter.

Die Zahlungsbereitschaft der Unternehmen, welche sich an entstehenden Infrastrukturkosten zur Bereitstellung eines leistungsfähigeren Internetanschlusses beteiligen würden, schwankt von 10 bis 15.000 Euro. Dabei steigt die Zahlungsbereitschaft mit der Unternehmensgröße. Während die Zahlungsbereitschaft bei Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern im Median bei 500 Euro liegt, sind Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten bereit, sich mit 1.000 Euro zu beteiligen. Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten würden 2.000 Euro zahlen.

SCHLUSSFOLGERUNG:

Da die Unternehmen bereits stark durch Steuern und Abgaben belastet werden, können gerade kleine Unternehmen zusätzliche finanzielle Lasten für eine bessere Breitbandversorgung nicht tragen. Insgesamt wird der Breitbandausbau als allgemeine Infrastrukturaufgabe gesehen.

BREITBANDVERSORGUNG IM BEZIRK DER IHK KARLSRUHE



Wir machen uns stark für Ihren Erfolg.

Auswertung einer Unternehmensbefragung der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe zum Jahreswechsel 2009/2010

Herausgeber:
Industrie- und Handelskammer
Karlsruhe
Auswertung:
Birgit Strunck
Kartenerstellung:
Gabriela Blume

Ansprechpartner:
Gert Adler
Tel.: 0721/174-131
E-Mail: gert.adler@karlsruhe.ihk.de

Birgit Strunck
Tel.: 0721/174-438
E-Mail: birgit.strunck@karlsruhe.ihk.de

IHK Karlsruhe
Lammstr. 13 – 17
76133 Karlsruhe
www.karlsruhe.ihk.de

Augenblickliche Rahmenbedingungen der Breitbandversorgung

Die Versorgung mit leistungsfähigem Internet gilt als Wachstumsmotor: Sie bringt eine verbesserte Arbeitsproduktivität, neue Arbeitsplätze und ein erweitertes Bildungsangebot mit sich.

Hinsichtlich der Breitbandinfrastruktur und der Investitionen in den Breitbandausbau nimmt Deutschland im internationalen Vergleich nur einen Platz im Mittelfeld ein. So werden in Schweden, Südkorea und Japan bereits viele Breitbandanschlüsse über das Glasfasernetz bedient, wohingegen die Glasfasertechnik in Deutschland kaum verbreitet ist.

In ihrer Breitbandstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, bis Ende 2010 jeden Haushalt mit einem Anschluss von mindestens 1 MBit/s zu versorgen. Ab dieser Geschwindigkeit spricht man von Breitbandinternet. Bis zum Jahr 2014 sollen sogar 75 Prozent der Haushalte einen Anschluss mit 50 MBit/s erhalten. Zur Übersicht über die Versorgungssituation veröffentlicht die Bundesregierung den Breitbandatlas, der seit 2005 regelmäßig aktualisiert wird. Mit der Neuauflage des Breitbandatlas im Sommer 2010 soll erstmalig der Versorgungsgrad ab 2 MBit/s statt aktuell ab 1 MBit/s dargestellt werden.

Verschiedene Telekommunikationsunternehmen äußerten auf der CeBIT 2010 starke Zweifel, dass bis Ende 2010 eine flächendeckende Breitbandversorgung verwirklicht werden kann. Der Branchenverband BITKOM schätzt die Kosten zur Erreichung des Bundesziels bis 2014 auf 30 Milliarden Euro.

Der Bund und das Land Baden-Württemberg unterstützen den Breitbandausbau sowohl über die Bereitstellung von Fördermitteln als auch über Informationsplattformen im Internet (www.zukunftsbreitband.de, www.clearingstelle-bw.de, www.breitband-bw.info). Die Kommunen können den Breitbandausbau vorantreiben, indem sie Fördermittel beantragen. Das Fördervolumen für Baden-Württemberg beträgt für den Zeitraum 2008 bis 2010 27,9 Mio. Euro. Die Gelder stammen aus dem Impulsprogramm Baden-Württemberg (10,9 Mio. Euro) sowie vom Bund aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) (4,9 Mio. Euro) und dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes (Konjunkturpaket II, 13 Mio. Euro). Mit Stand vom 28.01.2010 wurden bis dahin 37 Prozent der Mittel ausgeschöpft. Eine Verteilung der ausgeschöpften Mittel auf die Region Mittlerer Oberrhein konnte uns das Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz leider nicht zur Verfügung stellen.

Aktuell wird auf EU-Ebene diskutiert, ob Breitband als Universaldienst anerkannt werden soll, so dass jeder Bürger, wie beim Telefonanschluss auch, Anspruch auf einen Internetzugang hat. Erste Überlegungen veröffentlichte die EU-Kommission dazu bereits in einer Mitteilung vom September 2008. Auf der anderen Seite stellt die Europäische Kommission hohe Hürden bei der Gewährung staatlicher Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau auf.

Auf Seiten der Zugangsanbieter ist die Entscheidung, das Breitbandnetz auszubauen, vor allem eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Die Kosten für das Verlegen von einem Kilometer Glasfaser betragen circa 50.000 Euro, wobei die Tiefbauarbeiten die meisten Kosten verursachen. Zugangsanbieter, die auf das ursprünglich staatliche Netz angewiesen sind und eine Gebühr für die „letzte Meile“ zum Endkunden entrichten müssen, fordern die Bundesnetzagentur auf, die Teilnehmeranschluss-Miete weiter zu senken. Denn fairer Wettbewerb könne nur stattfinden, wenn Entgelte auf den historischen Anschaffungskosten basierten statt wie bislang auf dem Kostenmodell der Wiederbeschaffungskosten. Im Gegenzug argumentiert die Deutsche Telekom AG (DTAG), den Netzausbau entsprechend dem Ziel der Bundesregierung nur mit einer entsprechenden Erhöhung der Teilnehmeranschluss-Miete wirtschaftlich darstellen zu können.

Im März 2010 verkündete die DTAG ihre neue Unternehmensstrategie, mit der sie bis Ende 2012 rund 10 Milliarden Euro in den Ausbau des Breitbandnetzes investieren möchte. Dabei sollen Glasfasernetze bis in die Gebäude aufgebaut werden. Ein Zehntel der Haushalte soll dadurch innerhalb der nächsten drei Jahre mit bis zu 1 GBit/s versorgt werden.

Die Fernsehkabelnetzbetreiber gewinnen zurzeit an Marktanteilen und bieten bereits heute vielerorts Breitbandzugänge mit 20 bis 30 MBit/s und stellenweise sogar bis 100 MBit/s an.

Mit der „Digitalen Dividende“ eröffnen sich neue Möglichkeiten, unterversorgte Gebiete mit Breitband zu erschließen. Die Bundesnetzagentur versteigert im April 2010 die durch den Umstieg von Rundfunk und Fernsehen von analoger auf digitale Technik frei werdenden Frequenzen im Bereich von 790 bis 862 MHz. Diese tief liegenden Frequenzen ermöglichen eine hohe Reichweite, wodurch sie für die prioritäre Schließung der „weißen Flecken“ besonders geeignet sind. Der neue Mobilfunkstandard LTE (Long Term Evolution) verspricht sogar Bandbreiten von mehr als 100 MBit/s und setzt damit neue Standards und Erwartungen im Mobilfunkbereich. Mit UMTS waren 382 kbit/s an Bandbreite erreichbar oder in Verbindung mit HSDPA auch bis zu 14 MBit/s, jedoch wird UMTS in Fachkreisen teilweise als störanfällig und teuer eingeschätzt. Um die Vorteile von LTE nutzen zu können, müssen mit der neuen Technik kompatible Endgeräte zur Verfügung stehen.

Zusammengefasst bestehen bezüglich der weiteren Entwicklung der Breitbandversorgung Unsicherheiten über Zuständigkeiten, den Einsatz technischer Neuerungen und über den wirtschaftlichen Netzbetrieb, die einen Hemmschuh für den Breitbandausbau darstellen.

Die Unternehmensbefragung der IHK Karlsruhe soll aufdecken, inwieweit die aktuelle Breitbandversorgung in der Region den Anforderungen der Unternehmen entspricht und welche Erwartungen für die nähere Zukunft bestehen. Damit soll ein Anstoß für weitere Infrastrukturmaßnahmen gegeben werden.

Allgemeine Angaben zur Umfrage

Es wurden 3.600 Fragebögen per Post versendet. Die Rücklaufquote betrug bei 373 verwertbaren Fragebögen 10,4 Prozent. Es wurde darauf geachtet, dass Unternehmen aus allen Wirtschaftszweigen und allen 57 Gemeinden des IHK-Bezirks angesprochen wurden.

Aus den Gemeinden Walzbachtal, Bischweier, Steinmauern und Weisenbach haben keine Unternehmen geantwortet.

Branchenstruktur

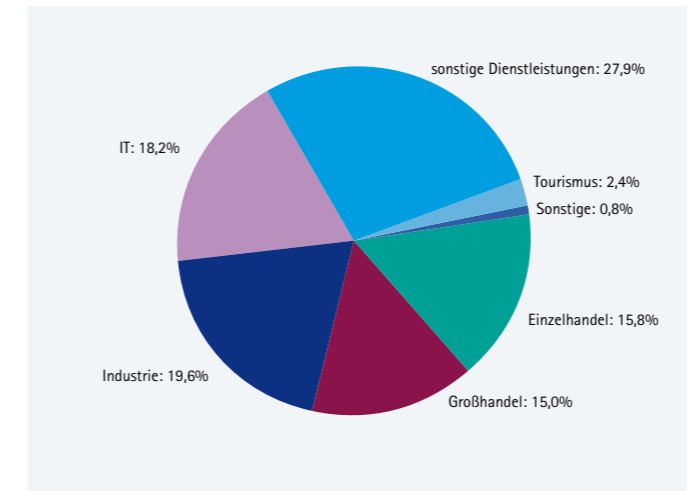


Abb. 1: Verteilung der Rückläufe nach Branchen (gesamt 373 Antworten)

Größenstruktur

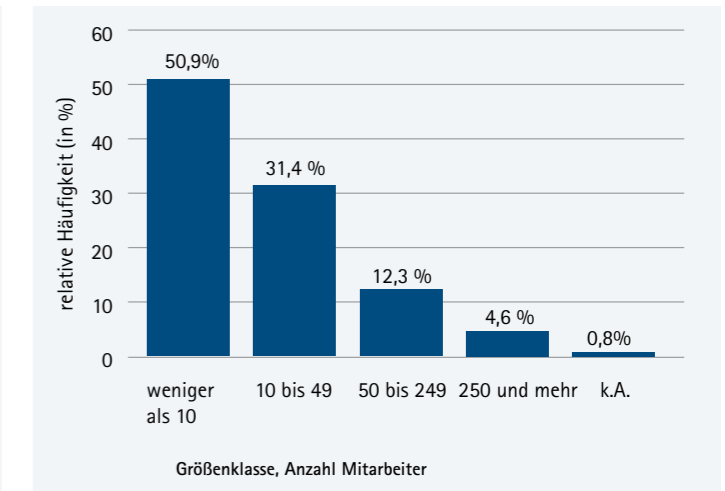


Abb. 2: Verteilung der Rückläufe nach Betriebsgrößenklassen (gesamt 373 Antworten)

DSL über Telefonkabel ist die am häufigsten genutzte Zugangstechnik

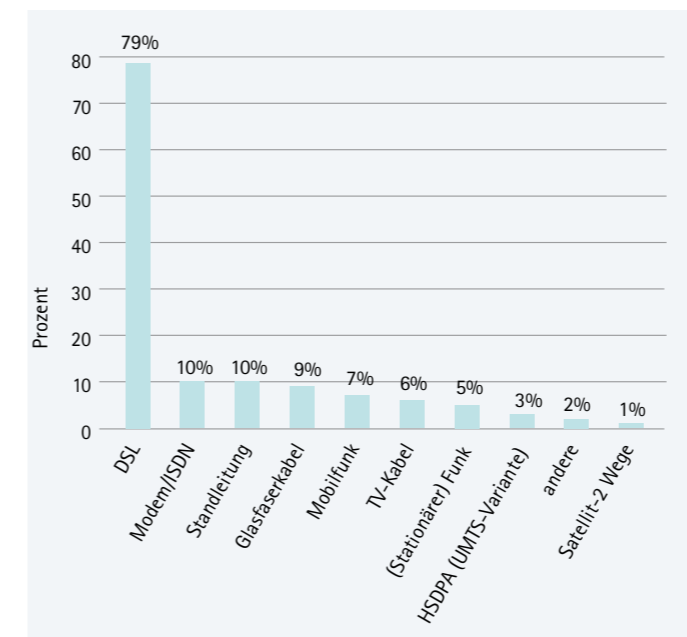


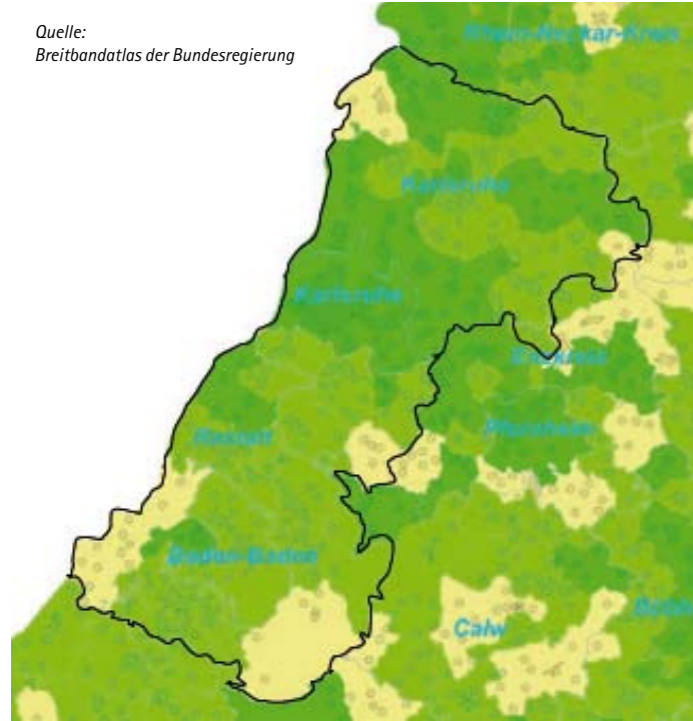
Abb. 3: Genutzte Zugangstechniken im IHK-Bezirk, Mehrfachnennungen möglich, (gesamt 346 Antworten)

Die weit überwiegende Mehrheit der befragten Unternehmen nutzt DSL.

Auch die langsame Modem/ISDN-Variante mit üblicherweise bis zu 128 kBit/s, die damit nicht unter die Breitbanddefinition fällt, nutzen zehn Prozent der Unternehmen.

Breitband-Verfügbarkeit im IHK-Bezirk ab 1 MBit/s

Quelle:
Breitbandatlas der Bundesregierung



Die nebenstehende Karte spiegelt die Versorgung im Kammerbezirk Karlsruhe wider. Leider stehen zur Darstellung lediglich die Daten aus dem Breitbandatlas der Bundesregierung zur Verfügung, der mit der Darstellung ab 1 MBit/s nur wenig Trennschärfe zulässt. Detaillierte, veröffentlichungsfähige Angaben der Zugangsanbieter waren trotz Nachfrage nicht zu erhalten.

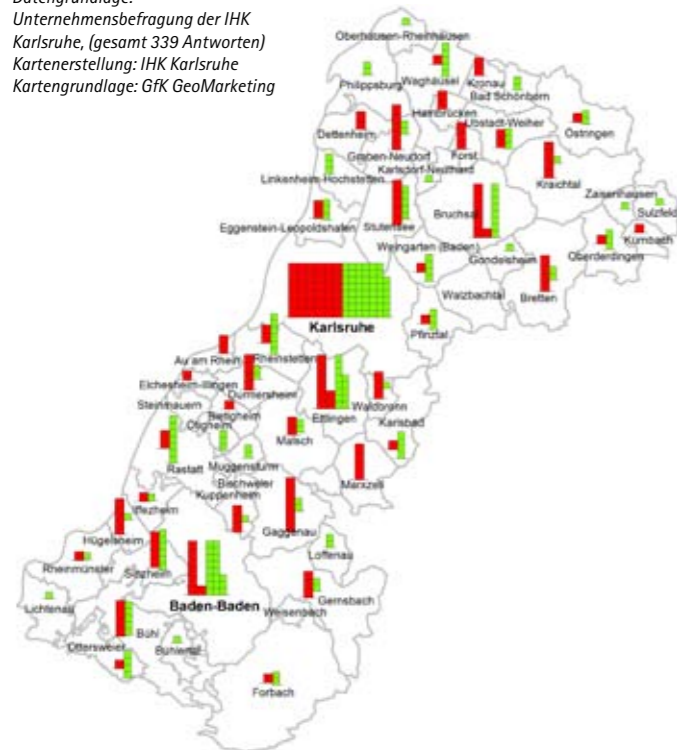
- > 50 bis 75 % (weitgehend versorgt)
- > 75 bis 95 % (überwiegend versorgt)
- > 95 bis 100% (weitestgehend versorgt)

Die Gesamtverfügbarkeit von Breitband-Internet mit mindestens 1 MBit/s setzt sich aus der Verfügbarkeit von T-DSL, durch andere DSL-Anbieter darüber hinaus erschlossene Haushalte und durch alternative Techniken zusätzlich erschlossene Haushalte zusammen. Dabei werden die Kerntechniken (DSL, stationärer Funk, TV-Kabel und HSDPA) herangezogen.

Abb. 4: Breitband-Verfügbarkeit im Bezirk der IHK Karlsruhe

43 Prozent der Unternehmen sind mit dem verfügbaren Breitbandangebot unzufrieden

Datengrundlage:
Unternehmensbefragung der IHK Karlsruhe, (gesamt 339 Antworten)
Kartenerstellung: IHK Karlsruhe
Kartengrundlage: GfK GeoMarketing



Möchten Sie eine (schnellere) Internetverbindung nutzen, die aber an Ihrem Standort aktuell nicht verfügbar ist?

- Ja = 1 Antwort
- Nein = 1 Antwort

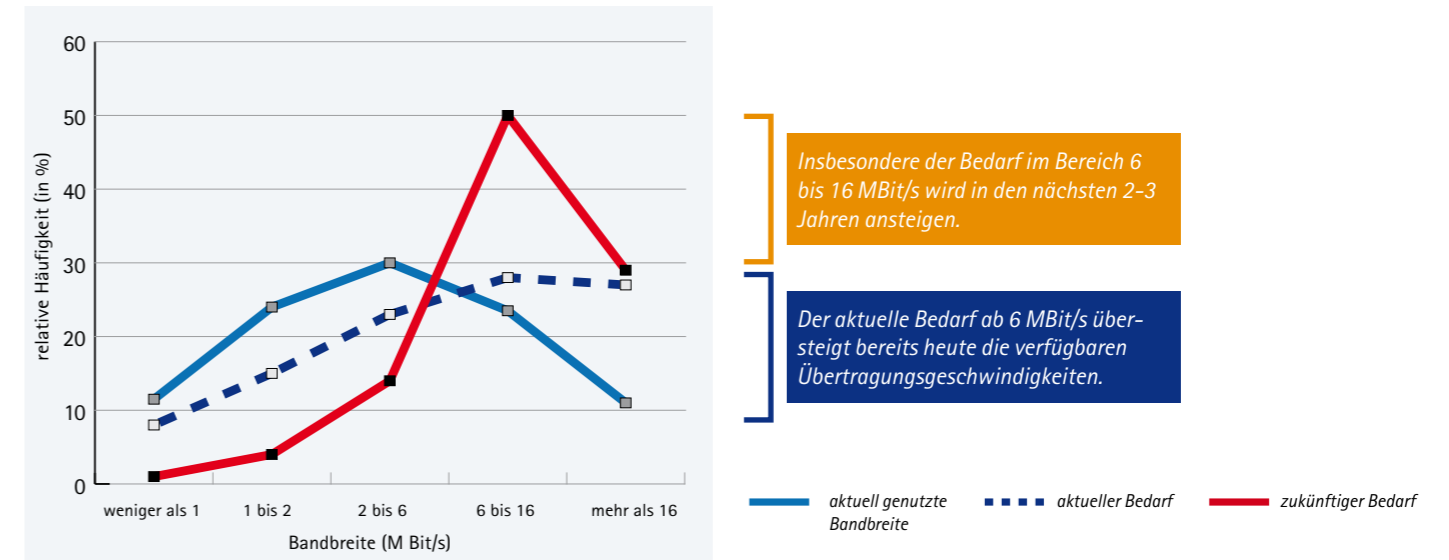
Im Schnitt gaben 43 Prozent aller Unternehmen an, dass die gewünschte Bandbreite an ihrem Standort nicht verfügbar ist. Dieser hohe Anteil an unzufriedenen Unternehmen findet sich nicht nur in ländlich geprägten Gemeinden, sondern auch in Städten.

SCHLUSSFOLGERUNG:

Im IHK-Bezirk besteht eine flächendeckende Unterversorgung mit schnellem Internet für Unternehmen.

Der Bedarf nach deutlich höheren Übertragungsraten steigt kurzfristig

Download-Geschwindigkeiten (Download: Herunterladen von Dateien aus dem Internet)



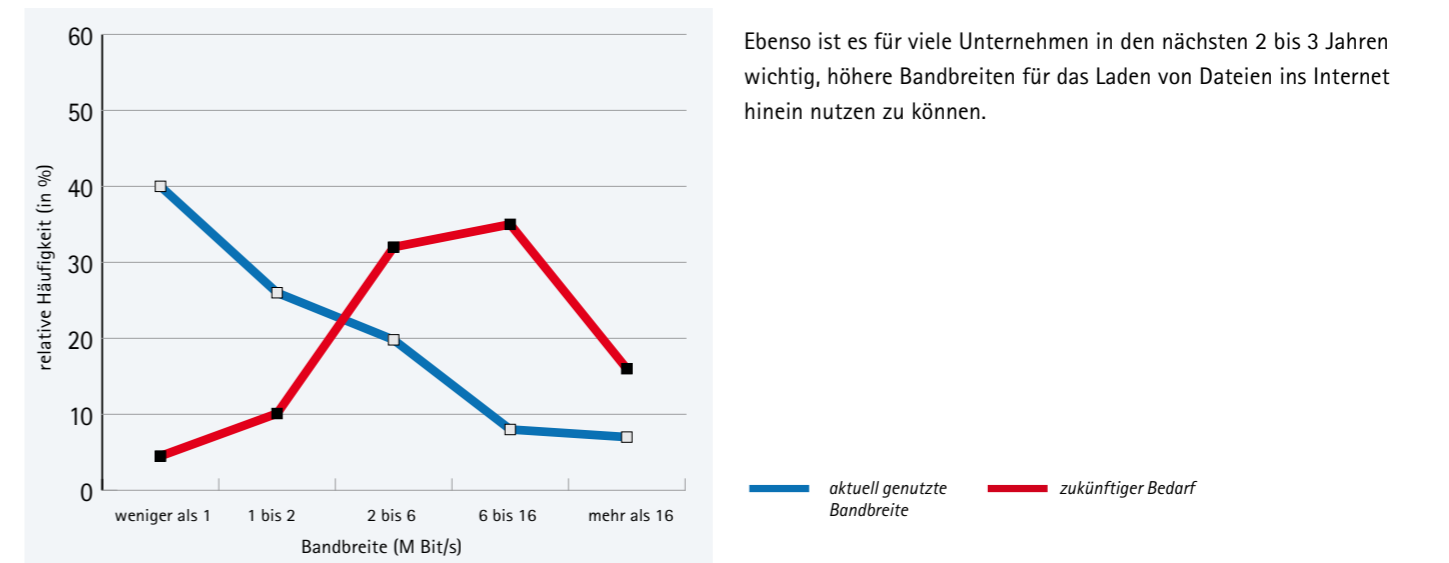
Insbesondere der Bedarf im Bereich 6 bis 16 MBit/s wird in den nächsten 2-3 Jahren ansteigen.

Der aktuelle Bedarf ab 6 MBit/s übersteigt bereits heute die verfügbaren Übertragungsgeschwindigkeiten.

Abb. 6: Vergleich der aktuell genutzten (gesamt 350 Antworten) mit der derzeit gewünschten Bandbreite sowie der zukünftigen Bedarf (gesamt 329 Antworten) (Download)

Drei Prozent der Unternehmen nutzen bereits eine Bandbreite von 50 bis 100 MBit/s und weitere vier Prozent benötigen diese hohe Bandbreite bereits heute, die aber nicht an ihrem Standort verfügbar ist. Im Einzelfall reicht die aktuell genutzte Bandbreite sogar bis 1 GBit/s. Der Bedarf wird in den nächsten zwei bis drei Jahren weiter wachsen. Zukünftig haben zehn Prozent der Unternehmen Bedarf an einer Bandbreite zum Herunterladen von Dateien von 50 bis 100 MBit/s. Ein Prozent der Unternehmen wird sogar zukünftig einen Bedarf von 200 bis 1.000 MBit/s haben.

Upload-Geschwindigkeiten



Ebenso ist es für viele Unternehmen in den nächsten 2 bis 3 Jahren wichtig, höhere Bandbreiten für das Laden von Dateien ins Internet hinein nutzen zu können.

Abb. 7: Vergleich der aktuell genutzten (gesamt 332 Antworten) mit der zukünftig gewünschten Bandbreite (gesamt 305 Antworten) (Upload)

SCHLUSSFOLGERUNG:

Das Breitbandnetz muss innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre durchgängig auf mindestens 16 MBit/s Übertragungsgeschwindigkeit ausgebaut werden.

Breitbandversorgung wird zu einem entscheidenden Standortfaktor

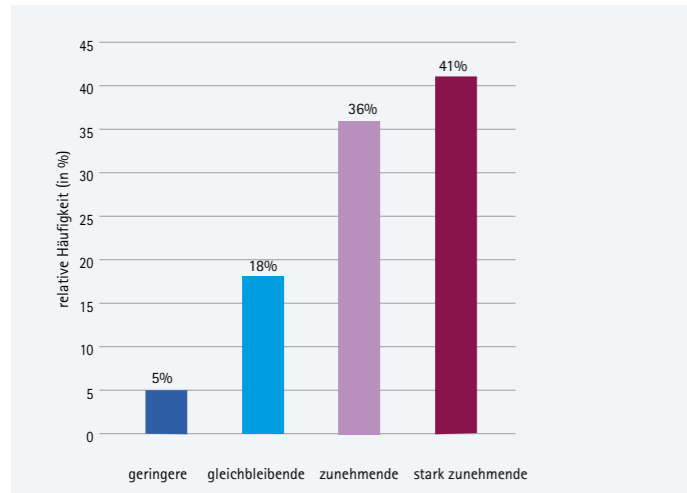


Abb. 8: Zukünftige Bedeutung der Breitbandanbindung (gesamt 344 Antworten)

Ein steigender Bedarf an Übertragungsgeschwindigkeiten ist bei allen Wirtschaftsbranchen zu verzeichnen. Gerade die IT-Branche misst Breitband-Internet eine zunehmende Bedeutung bei.

Insbesondere für unsere Region als IT-Standort, der Teil des größten europäischen Software-Clusters ist, ist Breitband-Internet essentiell. Für neue Anwendungen wie das Cloud Computing, bei dem Daten ausgelagert werden, um online darauf zuzugreifen, ist eine schnelle Datenübertragung wichtig.

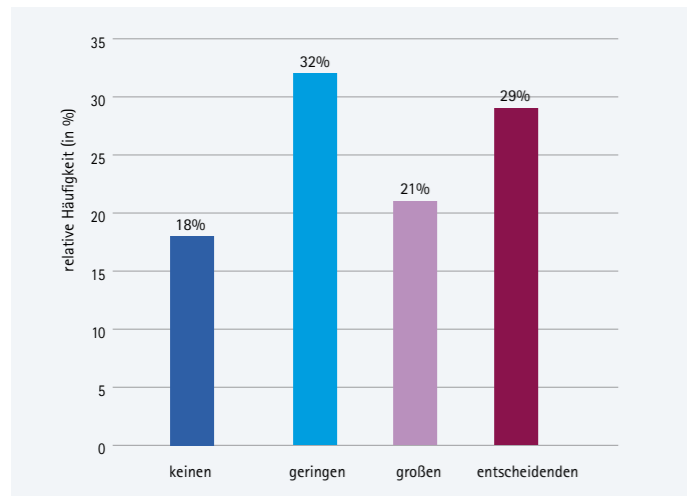


Abb. 10: Einfluss der Breitbandversorgung auf die Standortentscheidung (gesamt 342 Antworten)

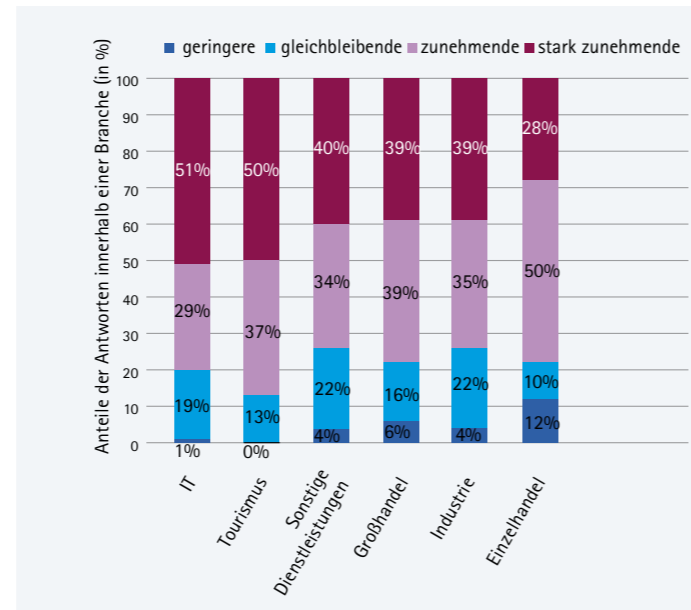


Abb. 9: Zukünftige Bedeutung der Breitbandanbindung nach Branchen (gesamt 344 Antworten)

Für knapp 30 Prozent der Unternehmen hat die Breitbandversorgung einen entscheidenden Einfluss auf die zukünftige Standortentscheidung – aus der IT-Branche sind es sogar 52 Prozent. Im Einzelhandel hingegen sind es nur 13 Prozent der Unternehmen, bei denen die Breitbandversorgung für die zukünftige Standortwahl eine entscheidende Rolle spielt.

Die Dominanz der Zugangsanbieter als Ansprechpartner der Unternehmen ist rückläufig

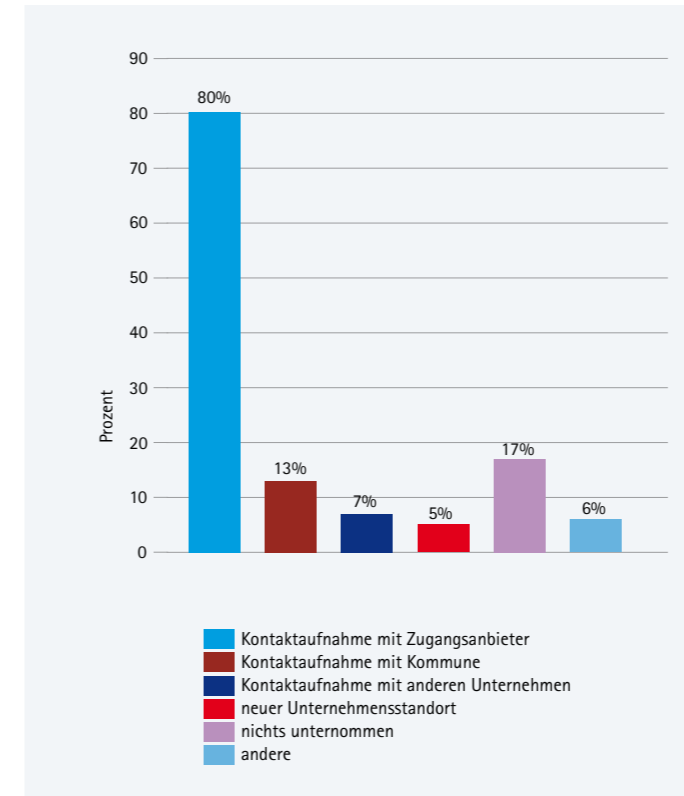


Abb. 11: Bisher unternommene Aktivitäten bzw. Kontaktaufnahmen bei unzureichendem Internetanschluss (139 Antworten Mehrfachnennungen möglich)

Vier Fünftel der Unternehmen mit einem nur unzureichenden Breitbandanschluss haben bereits einen Zugangsanbieter kontaktiert.

Die Kontaktaufnahme mit einem Zugangsanbieter stellt für Unternehmen auch in Zukunft die am häufigsten in Frage kommende Aktivität dar, um einen schnelleren Internetzugang zu erhalten.

Etwa je ein Fünftel der Unternehmen zieht in Betracht, die Kommune zu kontaktieren oder mit einem anderen Unternehmen Kontakt aufzunehmen. Damit planen die Unternehmen, die Kommunen verstärkt anzusprechen, und ziehen auch eher Unternehmenskooperationen in Betracht als bislang.

Bedenklich ist, dass elf Prozent der Unternehmen zukünftig eine Standortverlagerung in Betracht ziehen, wobei dies nur für Unternehmen unter 50 Mitarbeitern in Frage kommt. Außerdem planen zehn Prozent aller Unternehmen keine Aktivitäten, da sie sich davon keinen Erfolg versprechen.

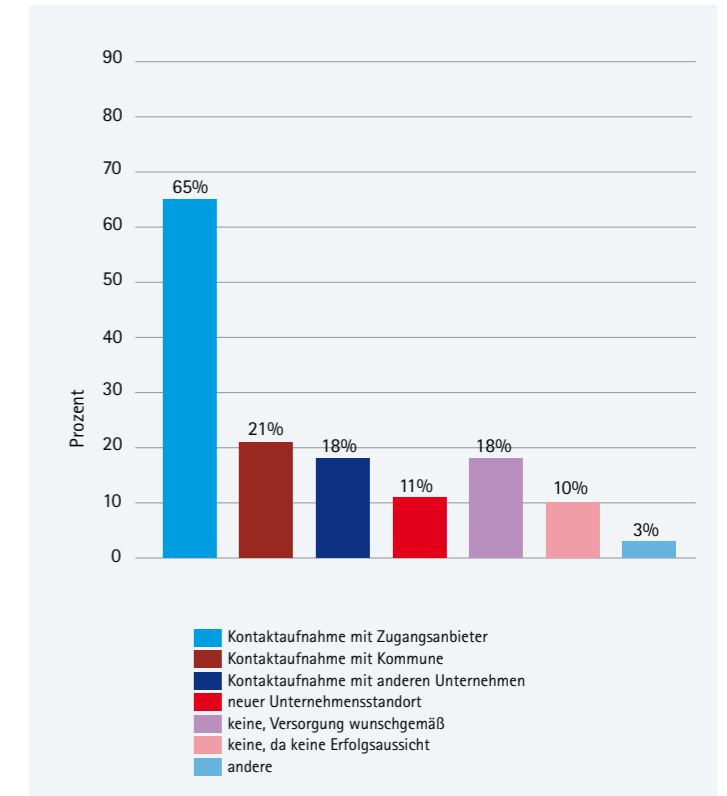


Abb. 12: Zukünftig in Betracht gezogene Aktivitäten bzw. Kontaktaufnahmen (342 Antworten, Mehrfachnennungen möglich)

SCHLUSSFOLGERUNG:

Gerade die Region Karlsruhe mit ihrer bedeutenden IT-Branche muss erhebliche Investitionen in die Breitbandversorgung tätigen, um international auf höchstem Niveau konkurrenzfähig zu werden und zu bleiben.

SCHLUSSFOLGERUNG:

Die Kommunen kommen bei der Breitbandversorgung zunehmend in die Verantwortung, Daseinsvorsorge zu betreiben.